

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhling, sehr geehrte RatskollegInnen im Stadtrat, ich möchte nachfolgenden Antrag zur nächsten Stadtratssitzung stellen und bitte um Ihre Unterstützung. Es wäre ein sehr gutes Zeichen, wenn die Stadt Schortens zusammen mit den diesem Bündnis bereits beigetretenen Städten, Gemeinden und Landkreisen ein klares Zeichen setzen würde.

Antrag

Beitritt Kampagne „Vermögensteuer jetzt“

Der Rat der Stadt Schortens möge beschließen:

- 1. Der Schortenser Stadtrat spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensteuer aus.**
- 2. Der Stadtrat tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ (<http://www.vermoegensteuerjetzt.de>) bei.**
- 3. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich entsprechend gegenüber dem Landkreis, der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögensteuer einzusetzen.**

...

Begründung:

Seit vielen Jahren hat sich die finanzielle Situation der Kommunen dramatisch verschlechtert. Viele Kommunen haben deshalb große Schwierigkeiten, alle relevanten Aufgaben aus eigener Kraft erledigen zu können. Auch der Haushalt der Stadt Schortens lässt die Wahrnehmung vieler Aufgaben nur noch mit Schwierigkeiten zu, Gestaltungsspielräume darüber hinaus gibt es nicht mehr.

Ursache für die negative Entwicklung der Kommunalfinanzen ist die Steuersenkungspolitik der vergangenen Landes- und Bundesregierungen, die einerseits zu einer massiven Zunahme privaten Reichtums in den Händen weniger führte und andererseits die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte deutlich verschlechterte. Privater Reichtum und Öffentliche Armut bedingen einander. Im Zuge dieser Steuersenkungspolitik wurde auch bisher darauf verzichtet, die seit 1997 nicht mehr erhobene Vermögensteuer wieder zu erheben, obwohl das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vermögensteuer nicht etwa deren Abschaffung forderte, sondern nur die realistische Festsetzung der Bemessungsgrundlage.

Wenn durch Steuersenkungen politische Entscheidungsspielräume gegen null gefahren werden, bleibt den gewählten politischen Vertretungen nur das Verwalten von Defiziten. Damit wird unsere Demokratie ausgehöhlt und der Effekt zurückgehender Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen weiter verstärkt. In dieser Entwicklung ist ein Punkt erreicht, an dem es dringend geboten ist, in öffentlichen Haushalten nicht mehr nur nach kaum noch möglichen Kürzungen der Ausgaben zu schauen, sondern die Einnahmen wieder zu stärken. Die Einführung einer Vermögensteuer ist in diesem Sinne ein wichtiger und richtiger Schritt.

Inzwischen unterstützt ein parteiübergreifendes, breites Bündnis die Initiative „Vermögensteuer jetzt“. Diesem Bündnis gehören u.a. folgende Persönlichkeiten an:

- aus der Politik Sigmar Gabriel (SPD), Heiner Geißler (CDU), Sven Giegold (MdEP Grüne/EFA), Katja Kipping (Parteivorsitzende DIE LINKE)
- aus der Wirtschaftswissenschaft Prof. Dr. Rudolf Hickel,
- aus der Politikwissenschaft Prof. Dr. Christoph Butterwegge,
- aus der Finanzwissenschaft Prof. Dr. Peter Bofinger,
- aus der Rechtswissenschaft Prof. Dr. Andreas Fisahn,
- aus der Wirtschaft Ernst Prost (Geschäftsführer Liqui Moly),
- von den Gewerkschaften Michael Sommer (Vorsitzender DGB),
- aus dem künstlerischen Bereich Angelica Domröse,
- aus dem kirchlichen Bereich Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, SJ
- aus dem Bereich außerparlamentarischer Bewegungen Detlev von Larcher (attac)

Außerdem sind bereits eine Reihe von Städten und Landkreisen dem Bündnis beigetreten, darunter aus Niedersachsen unter anderem die Stadt Göttingen und die Landkreise Wesermarsch und Cuxhaven, sowie außerhalb von Niedersachsen unter anderem die Städte Leipzig, Marburg, Flensburg, Iserlohn, Rüsselsheim und Duisburg und die Landkreise Gießen und Groß-Gerau.

Eine Steuer von nur einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug der Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 500.000 Euro für einen Familienhaushalt würde etwa 20 Milliarden Euro pro Jahr einbringen, die auch den Länder- und Kommunalhaushalten zugute kämen. Die überwiegende Mehrzahl der Steuerpflichtigen, die über selbstgenutztes Wohneigentum und weitere Ersparnisse etwa zur Altersvorsorge verfügen, wären wegen der ausreichenden Freibeträge nicht betroffen.

Der Rat der Stadt Schortens kann mit seinem Beitritt zur Initiative „Vermögenssteuer jetzt“ ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen. Der Beitritt zur Initiative wäre außerdem ein Signal der Stadt Schortens für soziale Gerechtigkeit, indem die Forderung erhoben wird, dass zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben die finanziell leistungsfähigeren Gesellschaftsmitglieder wieder stärker als derzeit herangezogen werden.

Anja Kindo, DIE LINKE., 6. November 2012